

Mehr Chancengerechtigkeit in der Schule

Eine gute Bildung und eine abgeschlossene Berufsausbildung sind für alle Menschen wichtige Voraussetzungen für die Herausbildung wesentlicher Schlüsselkompetenzen, um ein selbstbestimmtes und erfolgreiches Leben führen zu können. Ein hohes Bildungsniveau ist aber auch eine wichtige Grundlage für eine stabile Demokratie, ein funktionierendes Gemeinwesen und eine prosperierende Wirtschaft. Besorgnis erregend ist vor diesem Hintergrund der maßgebliche Zusammenhang zwischen Bildungsabschluss und sozialer Herkunft.

Nach wie vor verlassen in Sachsen-Anhalt zu

viele Schüler die Schule ohne einen Abschluss. Ebenso ist der Anteil der Förderschüler in unserem Bundesland sehr hoch. Im Hinblick auf den künftigen Fachkräftebedarf benötigt Sachsen-Anhalt insgesamt aber mehr Schulabgänger mit höheren Schulabschlüssen. Es ist nicht hinnehmbar, dass ca. ein Viertel der Schüler die Schule mit einem Abschluss unterhalb des Realschulabschlusses verlässt. Diese Jugendlichen haben laut Aussagen der Wirtschaft unzureichende Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Dies hat auch Auswirkungen auf unser Sozial- und Rentensystem.

Dieser Prozess muss gestoppt und umgekehrt werden. Die Schulabbrecherquote und der Anteil der Schüler an Förderschulen müssen spürbar gesenkt werden. Hier muss sozialdemokratische Politik ansetzen.

Wir wollen unser Bildungssystem und damit die Bildungschancen und Bildungsleistungen aller Schüler mittel- und langfristig deutlich verbessern. Deshalb haben wir in den letzten Jahren, in dem von uns initiierten Bildungskonvent nach Lösungsmöglichkeiten und Wegen gesucht, die dies leisten. Die erarbeiteten Empfehlungen wurden von einer breiten Mehrheit im Konvent getragen.

+++++ **Fakten** +++++
Im Schuljahr 2009/10 verfügte das Land Sachsen-Anhalt über 870 allgemein bildende öffentliche Schulen, an denen ca. 174.000 Schülerinnen und Schüler lernten. +++
2009 verließen ca. 10,7 Prozent der Schüler die Schule ohne einen Hauptschulabschluss. +++
Ungefähr 3,8 Prozent aller Schüler an Gymnasien und 6,5 Prozent der Schüler an Sekundarschulen mussten ein Schuljahr wiederholen. +++
Im Schuljahr 2009/10 besuchten ca. 7,5 Prozent der Schüler Förderschulen. ++++++

Sozialdemokratische Bildungspolitik orientiert sich an den Beschlüssen des Bildungskonvents:

Sicherung des Schulnetzes

Für die SPD genießt die Sicherung wohnortnaher Schulangebote eine sehr hohe Priorität. Insbesondere wollen wir der spezifischen Situation in den dünn besiedelten Regionen Rechnung tragen. Um dieses Ziel umzusetzen, wurden den Schulträgern für den neuen Planungszeitraum der Schulentwicklung 2009 bis 2014 transparente Kriterien für eine regional differenzierte Schulnetzplanung vorgegeben.

Höhere Eigenständigkeit von Schulen

Wir werden die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass alle Schulen stärker eigenverantwortlich agieren können. Wir wollen, dass die Schulen deutliche Entscheidungsrechte bei der Gestaltung der Schul- und Unterrichtsorganisation erhalten. Wir möchten, dass Schulen künftig flexibler mit den Stundentafeln umgehen können und insbesondere bei der Ausschreibung von Stellen, der Auswahl der Bewerber und der Ein-

stellung von Lehrkräften ein größeres Mitspracherecht erhalten. Schulen sollen mit einem Budget arbeiten können.

Lehrkräftenachwuchs sichern

Um unsere anspruchsvollen inhaltlichen Ziele zu erreichen und um das deutlich ansteigende altersbedingte Ausscheiden von Lehrkräften zu kompensieren, müssen wir künftig wesentlich mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Dafür werden wir die Ausbildungskapazitäten der

Lehrerbildung an den Universitäten und Studienseminaren bedarfsgerecht ausbauen und inhaltlich weiter verbessern. Darüber hinaus wollen wir qualifizierte Zugangsmöglichkeiten für Quereinsteiger schaffen.

Entwicklung der Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung

Wir wollen die Attraktivität des Lehrerberufes steigern. Um geeignete Bewerber für ein Lehramtsstudium zu gewinnen, werden wir uns da-

SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6 - 9
39104 Magdeburg
Fon: 03 91/5 60 30 05
Fax: 03 91/5 60 30 20

Rita Mittendorf
Sprecherin für Bildungs- und Wissenschaftspolitik
Fon: 03 91/5 60 31 28

Michael Schildener
Wissenschaftlicher Referent

Fon: 03 91/5 60 30 12

SPD
Landtagsfraktion
Sachsen-Anhalt

für einsetzen, dass sich potentielle Interessenten vor der Aufnahme eines Studiums in einem pädagogischen Orientierungspraktikum ausprobieren. Wir werden darauf hinwirken, dass die Lehrerausbildung stärker schulstufen- und schulformübergreifend erfolgt, einen stärkeren Praxisbezug erhält und die Referendarzeit verkürzt wird. Wir werden die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich das pädagogische Personal kontinuierlich fortbildet.

Freie Elternentscheidung bei der Schulformwahl

Wir Sozialdemokraten wollen die freie Elternentscheidung bei der Schulformwahl gewähren und die Verbindlichkeit der Schullaufbahnpflicht nach der Klassenstufe 4 aufheben. Wir treten für eine intensive Beratung ein, sind aber gegen eine staatlich verordnete Bevormundung der Eltern.

Stärkung der Sekundarschule

In Vorbereitung der Entstehung von Gemeinschaftsschulen wollen wir die Sekundarschule aufwerten und deren Profil erweitern. Dazu benötigt die Sekundarschule eine stärkere technische, wirtschaftliche und berufsorientierende Profilierung. Sie soll verbindlich mit berufsbildenden Schulen und Wirtschaftsunternehmen zusammenarbeiten und die Durchlässigkeit zum Gymnasium durch eine bessere Abstimmung der

Fächer und Inhalte sowie eine gezielte Förderung der Schülerinnen und Schüler verbessern.

Aufhebung von Hauptschulklassen

Wir Sozialdemokraten wollen den auf den Hauptschulabschluss bezogenen Unterricht aufheben. Diese Form der äußeren Differenzierung entspricht weder den demografischen Rahmenbedingungen vieler kleiner Sekundarschulen noch den Bildungsbedürfnissen der Schülerinnen und Schüler. Die Möglichkeit zur Erlangung eines Hauptschulabschlusses bleibt bestehen.

Weitere Öffnung des Schulsystems für längeres gemeinsames Lernen

In vielen europäischen Nachbarländern lernen die Schüler acht bis zehn Jahre gemeinsam. Im Vergleich zum gegliederten System in Deutschland führen das längere gemeinsame Lernen und die stärkere individuelle Förderung des Einzelnen in diesen Ländern zu einer schwächeren Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg sowie zu einer geringeren Streuung der Leistungen unter den Schülern. Es erlangen wesentlich mehr Schüler eine Hochschulzugangsberechtigung bzw. einen Hochschulabschluss.

Deshalb wollen wir in den nächsten Jahren mit der Allgemeinbildenden Oberschule (AOS) ergänzend zum bestehenden Schulsystem ein neues Schul-

angebot unterbreiten. Die AOS soll die Klassenstufen 5 bis 12, wenn es organisatorisch möglich ist, die Klassenstufen 1 bis 12 führen. Es kann an dieser Schule jeder allgemein bilden-

bedingungen. Wir benötigen die Kompetenz unserer Förderpädagogen und die entsprechenden räumlichen und sächlichen Voraussetzungen in den allgemein bildenden Schulen. In bei-

Weitere wichtige Vorhaben sind:

- *Kontinuierlicher Ausbau von Ganztagschulen*
- *Unterstützung der Schulträger bei der Schulsanierung (EU-Schulbauförderung)*
- *Verankerung der Schulsozialarbeit an den Schulen*

de Abschluss erworben werden. Diese Gemeinschaftsschulen sollen in Sachsen-Anhalt auf freiwilliger Basis entstehen. Überall dort, wo sich Initiativen bilden, wo Schüler, Eltern, Lehrer oder Schulträger den Wunsch äußern, können bestehende Schulen zu Gemeinschaftsschulen entwickelt werden. Das neue Schulangebot für ein längeres gemeinsames Lernen soll als gleichberechtigte Schulform schulgesetzlich verankert werden.

Umsetzung der UN-Konvention zu den Rechten behinderter Menschen

Wir wollen den gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf schrittweise zur bevorzugten Form der Förderung entwickeln und damit den Weg zu einem inklusiven Schulsystem beschreiten. Die erfolgreiche Umsetzung eines gemeinsamen Unterrichts benötigt entsprechende Rahmen-

den Punkten wollen wir in den nächsten Jahren deutlich vorankommen.

Bekennnis zu pädagogischen Mitarbeitern

Wir bekennen uns zur erfolgreichen Arbeit der pädagogischen Mitarbeiter. Deshalb setzen wir uns für eine bedarfsgerechte Stellenzahl entsprechend der Weiterentwicklung des Schulsystems und die Entwicklung zielgerichteter Ausbildungsmöglichkeiten ein.

Demokratieerziehung an Schulen

Kinder und junge Menschen brauchen ausreichend Möglichkeiten, demokratische Verfahren zu erlernen und demokratische Entscheidungen mit zu treffen. Politische Bildung soll ein fester Bestandteil der allgemeinen Bildungs- und Erziehungsarbeit in der Schule werden und nicht auf das Fach Sozialkunde beschränkt sein. Wir wollen die Mitwirkungsrechte von Schülern und Eltern stärken.